

## Deutschland in der Weltwirtschaftskrise (1929–1932)

### 1. Hintergrund: Wirtschaftliche Entwicklung und Außenwirtschaft, 1924–1929

*a. Schwache Erholung bis 1929.* (1) *Wirtschaftswachstum.* Aufgrund der Krise in der Hyperinflation (1923) u. dem industriellen Produktionseinbruch 1926 (»Rationalisierungskrise«) erholte sich der aggregierte Output nur beschränkt vom Einbruch des 1. WK. 1925 lag das reale Einkommen pro Kopf knapp unter, 1929 knapp über dem Niveau von 1913. – (2) *Beschäftigung.* In der Krise von Hyperinflation u. Stabilisierung 1923/24 stieg die Arbeitslosigkeit von Industriearbeitern über 10%. Mit Ausnahme von 1925 sank sie danach nie unter 8%. – (3) *Hohe Zinsen.* Im internationalen Vergleich lag der kurzfristige Zinssatz nach der Stabilisierung von 1924 hoch.

*b. Entwicklung des Reparationsregimes seit 1924.* (1) *Dawes-Plan*, der die Zahlungen erstreckte u. eine Reparationsagentur einrichtete, die bei Transferschwierigkeiten eine Verminderung von Zahlungen empfehlen konnte, d. h. Reparationen waren anderen Forderungen gegenüber nachrangig. Unter dem Dawes-Plan wurden bis 1930 ca. 7,6 Mrd. RM geleistet. Die Finanzierung erfolgte v. a. mit Kapitalimporten. – (3) Um echte Transfers und einen Vorrang der Reparationszahlungen vor anderen Verpflichtungen zu erreichen, erfolgte ab Frühjahr 1929 die Ausarbeitung des *Young-Plans* (1930). Zwar wurden die Gesamtschuld herabgesetzt u. die Zahlungen zeitlich weiter gestreckt, aber Reparationen hatten vor anderen Verpflichtungen Vorrang. – (4) Vor dem Hintergrund der deutschen Zahlungskrise (§2.d, 3.c) 1931 *Hoover-Moratorium* u. 1932 Aufhebung der Reparationsschuld im Lausanner Abkommen. Insgesamt wurden ca. 21–30 Mrd. RM Reparationen geleistet.

*c. Reparationsregime, Kreditrationierung und Zahlungskrise* (RITSCHL 2002, Kap. 3). Die Schwere der dt. Wirtschaftskrise ab 1929 hing eng mit der Entwicklung des Reparationsregimes zusammen. Während Reparationen unter dem Dawes-Plan nachrangig waren, wurden sie unter dem Young-Plan (Höhe ca. 34 Mrd. RM) kommerziellen Krediten u. Anleihen (Höhe ca. 25 Mrd. RM) gleichgestellt. Die gesamten Auslandsverbindlichkeiten machten plötzlich 80% des Volkseinkommens, Zinsen + Reparationen 1930 ca. 23% der Exporte aus. Vertrauen in Zahlungswillen u. -fähigkeit D's sank rasch; Kapitalimporte gingen 1928–1931 um 79% zurück. Vor dem Hintergrund der Banken- u. Zahlungskrise im Sommer 1931 (§3.c) wurde eine Devisenbewirtschaftung (konkret: begrenzte Bedienung ausländischer Verpflichtungen) eingeführt, u. Reparationszahlungen wurden gestundet (Hoover-Moratorium). Zwar aktivierte sich ab 1930 die Handelsbilanz, jedoch nicht so stark, um die Auslandsverpflichtungen ohne Neukapital zu erfüllen.

### 2. Die Weltwirtschaftskrise, 1929–1932 (KINDLEBERGER; EICHENGREEN 1992)

*a. Einbruch von Produktion und Beschäftigung.* In großen Industrieländern 1929 Stagnation u. danach Zusammenbruch der Industrieproduktion, besonders ausgeprägt in Deutschland (1929–1932 –40,4%) u. USA (-44,7%). Parallel verbreitete Massenarbeitslosigkeit: Anteil Arbeitsloser in der Industrie 1932 Deutschland 43,8%, USA 36,3%. Ab 1933 Erholung der Konjunktur.

*b. Zusammenbruch des multilateralen Welthandels.* Jan. 1929–Feb. 1933 gingen die monatlichen Gesamtimporte von 72 Ländern von 3,0 Mrd. auf 0,9 Mrd. US\$ zurück. Rund 20 Rohwaren produzierende Länder verloren mehr als 2/3 ihrer Exporterlöse. Verantwortlich hierfür waren Nachfragerückgang u. Preisverfall (s. u.).

*c. Deflation.* 1925–1933 sanken die Preise für Agrargüter um ¾, während die Preise für Industriegüter weniger stark fielen (z. B. Preisindex Konsumgüter USA bzw. Deutschland 1929–1933 ca. –25%).

*d. Finanzkrisen.* (1) *Einbruch der Aktienkurse.* Juli 1926–Sept. 1929 ca. Verdoppelung des Kursniveaus an der New Yorker Börse, z. T. gefördert durch tiefes Zinsniveau u. Kapitalimporte. Ab Okt. 1929 rapider Zerfall der Börsenkurse, in New York bis Juni 1932 auf 15,7% des Niveaus von Sept. 1929. – (2) *Verbreitete Zahlungsunfähigkeit, Bankzusammenbrüche.* Da Schuldendienstverpflichtungen in nominalen Beträgen festgelegt sind, führten Preis- u. Nachfragerückgang zu einer Erhöhung der Schuldenlast: In den USA erhöhte sich das Verhältnis Schuldendienst / Volkseinkommen von 9% (1929) auf 20% (1932/33). → höhere Ausfallquote → Verschlechterung der Bilanzen von Gläubigerbanken, was zu deren Insolvenz führen konnte. Wichtige Bankenkrisen: Österreich: Creditanstalt 1931, Deutschland: Danatbank Juli 1931, USA 1930–33 zahlreiche Fälle, insbes. Provinzbanken (Folgen der Insolvenz landwirtschaftlicher Betriebe). Bsp. Nordwolle-Konzern, der Anfang 1931 in Erwartung steigender Preise einen Jahresbedarf Wolle auf Kredit einkaufte, im Juni 1931 Konkurs machte, was zum Zusammenbruch der Danatbank beitrug. — (3) *Verbreitete Zahlungseinstellung souveräner Schuldner.* Analog führte der Preis- u. Nachfragerückgang bei Rohwaren dazu, dass sich das Verhältnis Schuldendienst / Exporterlöse zahlreicher Drittweltländer verschlechterte, so dass verbreitet internationale Anleihen in Verzug gerieten (1933: 24 Länder).

*e. Das Ende des Goldstandards.* 1925/26 kehrten die meisten entwickelten Länder zum Goldstandard zurück. Wegen starker Goldabflüsse Aufgabe der Goldkonvertibilität durch die Bank of England im September 1931; eine Reihe von Ländern, v. a. des Commonwealth, folgten. Großbritannien überließ die Wechselkursbildung dem Markt, worauf bis Dez. 1931 eine Abwertung von rd. 30% folgte. Deutschland führte dagegen eine Devisenbewirtschaftung ein (d. h. Aufhebung der Transferfreiheit): Devisen wurden nun in einem administrativen Verfahren der Reichsbank zugeteilt u. konnten nicht mehr frei erworben werden. F, B, CH, NL behielten bis 1936 den Goldstandard bei, der nach der Abwertung der USA 1933 als internationales System beseitigt war.

*f. Das Ende des Freihandels.* Ab 1930 (USA: Smoot-Hawley-Act) starke Erhöhung der Importzölle, Bildung von Handelsblöcken u. seitens Deutschlands Aufbau bilateraler, weitgehend devisenfreier Verrechnungssysteme (→17.05.).

### 3. Die Krise in Deutschland (Übersichten JAMES 1988; SPOERER/STREB 2013, Kap. 5)

*a. Deflation, Finanzkrisen und Geldpolitik.* Deflation führte zu hohen Realzinsen, Finanzkrisen führten zu einer Reduktion der Kreditvergabe an die Wirtschaft. Von beidem kann ein negativer Effekt auf die Investitionen und damit auf das Wirtschaftswachstum erwartet werden. Die Reichsbank unternahm nichts zur Reduktion der hohen Realzinsen, u. a.

weil Deutschland bis 1931 zur Finanzierung einer negativen Handelsbilanz u. der Reparationszahlungen auf Kapitalimporte angewiesen war (§1.b).

b. *Der Rückgang der Kapitalimporte.* Mit dem Bekanntwerden des Young-Plans im Frühjahr 1929 setzte ein Rückgang von Kapitalimporten aus den USA ein (§1.c), was das Kreditangebot in Deutschland verringerte. Spätere Börsen- u. Bankenkrisen in den USA bewirkten, dass dortige Banken Auslandsgelder abzogen.

c. *Die Banken- und Zahlungskrise im Juli 1931* (SCHNABEL 2004): Die Krisen von Creditanstalt und Danabank (§2.d) führten in Deutschland zu einem Run auf Bankeinlagen: Die Großbanken verloren im Juni u. Juli 1931 26% der ausländischen u. 14% der inländischen Einlagen. Die Reichsbank musste unter dem geltenden Reparationsregime 40% der ausgegebenen Geldmenge als Reserven halten, konnte deshalb nicht einfach Liquidität bereitstellen. Ein Auslandskredit an die Reichsbank war wegen internationalen politischen Konflikten, v. a. mit F, deutlich zu klein, so dass die Reichsbank den Diskontsatz heraufsetzen mussten. Um eine Kette von Bankzusammenbrüchen zu vermeiden, wurden am 14./15. Juli Bankfeiertage eingeschaltet, am 15. Juli wurde eine Devisenbewirtschaftung eingeführt (Rationierung des Zugangs zu ausländischer Währung), u. in der Folge die Großbanken teilverstaatlicht. – Wieso schlug Deutschland nicht die Abwertung als Strategie der Krisenbewältigung ein (vgl. §2.e) →§4.

#### 4. Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik? – Die sog. zweite Borchardt-Kontroverse

a. *Die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning.* Uneinigheiten über die Finanzierung der wachsenden Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung führten zum Sturz der Regierung Müller u. zur Bildung einer Minderheitsregierung unter Brüning (30.03.1930), die mit Notverordnungen regierte. Grundgedanke der Wirtschaftspolitik war, durch eine Deflationpolitik die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern sowie den Kreditbedarf der öffentlichen Hand zu reduzieren u. dadurch eine Anpassung an das Wegfallen von Kapitalimporten zu erreichen. Per Notverordnungen wurden zwischen Dez. 1930 u. Dez. 1931 u. a. bestimmt: (1) eine allgemeine Preissenkung von 10%; (2) die Senkung von Löhnen u. Gehältern auf das Niveau von 1927; (3) Senkung der Mieten um 10%; (4) Steuererhöhungen.

b. *Theoretische Kritik.* Zwar (1) erhöhte diese Politik tendenziell die Absatzchancen dt. Produkte im Ausland u. trug dadurch zur Aktivierung der Handelsbilanz ab 1930 bei. (2) senkte sie die (möglicherweise zu hohen) Lohnkosten, doch führte sie (3) im Inland bei hoher Verschuldung (insbes. in der Landwirtschaft) zu einer Verschärfung des Verschuldungsproblems. (4) Hohe Realzinsen trugen zu einer Verringerung der Investitionstätigkeit bei. (5) Unternahm Brüning keine Anstrengungen, um durch eine Ausweitung der Staatsausgaben den Ausfall der privaten Nachfrage zu kompensieren.

Allgemein wird Brüning vorgeworfen, er habe (1) zur Demonstration der dt. Unfähigkeit, Reparationen zu leisten (Ziel: Aufhebung der Reparationen, Revision der Versailler Verträge), eine »Erfüllungspolitik« betrieben, die unnötige Wohlfahrtsverluste mit sich gebracht habe, die ihrerseits zum Aufstieg der NSDAP beigetragen hätten. (2) Brüning habe mit seiner Wirtschaftspolitik die Beseitigung des Sozialstaats angestrebt.

c. *Die zweite Borchardt-These: Es gab keine Alternativen!* Denn eine mögliche Alternative hätte (1) rechtzeitig wirksam, (2) ökonomisch effektiv u. (3) politisch durchsetzbar sein müssen. Diese drei Voraussetzungen waren nicht gegeben. (BORCHARDT 1982; zur Diskussion HOLTFRERICH 1982; BALDERSTON 2002: Kap. 5; RITSCHL 2002).

ad (1): Verzögerung der Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen durch: (i) *Erkenntnis-Lag.* Vor dem Hintergrund der raschen Erholung von der Krise 1926 bestand bis Ende 1930 kein Anlass, expansive Maßnahmen zu ergreifen. – (ii) *Entscheidungs-Lag.* Wenn erfolgreiche Krisenbekämpfung einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel voraussetzt, ist mit langsamer Entscheidungsfindung zu rechnen. – (iii) *Wirkungs-Lag.* Eine alternative Maßnahme benötigt Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten. Um die Krise effektiv zu lindern, hätte die Maßnahme schnell wirken müssen.

ad (2) und (3): denkbare Instrumente: (i) *Expansive Geldpolitik* in Verbindung mit *Abwertung.* Probleme: Das Reparationsregime erforderte bis 1932 eine Bindung an Goldstandard. Zur Verhinderung von Kapitalflucht mussten Zinsen hochgehalten werden (Juli 1931!). Investitionen hätten möglicherweise gar nicht auf Zinssenkungen reagiert, weil die Gewinnerwartungen zu gering waren. – (ii) *Expansive Fiskalpolitik* (Staatliche Ausgabensteigerung bei Inkaufnahme von Haushaltsdefiziten). Probleme: Finanzierung über Reichsbankkredit im Goldstandard unzulässig; Kreditaufnahmen im Ausland waren nicht mehr möglich; ökonomische Analysen zeigen einen geringen Effekt von Staatsausgaben auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Die zweite Borchardt-These wird heute nicht zuletzt aufgrund ihrer empirischen Untermauerung durch RITSCHL (2002) allgemein akzeptiert. Alternativen wären eine frühere Aufgabe des Reparationsregimes sowie eine international koordinierte expansive Geldpolitik gewesen.

#### Zitierte Literatur

SPOERER/STREB (2013) wie 05.04.

BALDERSTON, Theo: *Economics and politics in the Weimar Republic* (Cambridge: Cambridge University Press, 2002).

BORCHARDT, Knut: *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik*: (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1982).

EICHENGREEN, Barry: »The origins and nature of the great slump revisited«, *Economic History Review* 45 (1992), 213–239.

HOLTFRERICH, Carl-Ludwig: »Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise?« *Historische Zeitschrift* 235 (1982), 605– 631.

JAMES, Harold: *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936* (Stuttgart: DVA, 1988).

KINDLEBERGER, Charles P.: *Die Weltwirtschaftskrise* (München: dtv, 1973).

RITSCHL, Albrecht: *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934* (Berlin: Akademie, 2002).

SCHNABEL, Isabelle: »The German twin crisis of 1931«, *Journal of Economic History* 64, 3 (2004), 822–871.